

Ressort: Politik

Grüne wollen Inkassogebühren deutlich reduzieren

Berlin, 23.11.2018, 01:00 Uhr

GDN - Die Grünen im Bundestag fordern die Bundesregierung auf, unseriöses und überteuertes Inkasso einzudämmen. In einem Antrag, über den die Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Freitagsausgaben) berichten, schlagen die Grünen vor, die Gebühren der Schuldeneintreiber deutlich zu reduzieren.

Schon für das Eintreiben einer kleinen Forderung von beispielsweise 35 Euro könnten diese rund 70 Euro berechnen. Künftig sollten Inkassodienstleister bei Forderungen von bis zu 500 Euro für das erste Schreiben nur noch gut 16 Euro verlangen dürfen, heißt es in dem Antrag. Bevor Kosten für Inkassotätigkeiten abgerechnet werden dürfen, sollen Verbraucher darüber zudem in einer letzten schriftlichen Warnung informiert werden. Bisher lassen sich Unternehmen nicht selten vertraglich zusichern, dass sie bei ausstehenden Rechnungen direkt ein Inkassobüro einschalten können. "Hier werden zu viele Menschen über den Tisch gezogen, Menschen die teils einfach nur vergessen haben zu zahlen und Menschen die in vielen Fällen eh bereits wenig Geld zur Verfügung haben", sagte Gerhard Schick, Finanzexperte der Grünen im Bundestag, den Funke-Zeitungen. Hintergrund ist das Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken von 2013, mit dem die Inkassobranche in die Schranken gewiesen werden sollte. Eine Auswertung für das Bundesministerium für Verbraucherschutz hatte nun ergeben, dass seit der Umsetzung des Gesetzes stattdessen "die Kosten, mit der Schuldner durch die Inkassobranche belastet werden, deutlich gestiegen sind". Grünen-Finanzexperte Schick: "Inkassogebühren können zu früh erhoben werden und sind oftmals zu hoch. Die Untätigkeit der Bundesregierung wird immer mehr zum Förderprogramm für unseriöse und überteuerte Inkassobüros."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-115759/gruene-wollen-inkassogebuehren-deutlich-reduzieren.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com